



Kommunalwahl 2026

Am 15. März 2026 stehen die nächsten Kommunalwahlen an. Die DKP tritt bei dieser Wahl in Darmstadt nicht eigenständig an. Unsere Mitglieder kandidieren auf der Liste der Partei Die LINKE. ...

Seite 2

Warum diese Zeitung?

„Die herrschende Meinung ist die Meinung der Herrschenden.“, so ein Zitat von Karl Marx. Dass diese Aussage heute noch gilt, zeigt sich besonders in der momentanen (Vor-)Kriegszeit. Ob Zeitungen, Rundfunk und ...

Seite 7

Aktuelles Thema

Jeder gegen jeden!

Das Ende der westlichen Wertegemeinschaft?

Seit dem 3. Januar 2026, nach dem US-amerikanischen Überfall auf Venezuela, hat sich die kapitalistische Weltordnung sichtbar verändert. Das Wesentliche dieser Veränderung ist nicht der verbrecherische Angriff auf Venezuela oder die Entführung des gewählten Präsidenten Nicolas Maduro - solche Verbrechen waren schon immer Bestandteil der US-Außenpolitik.

Seite 4

DAS ROTE TAGBLATT

1/2026

Zeitung der DKP-Darmstadt-Dieburg-Bergstraße



Quelle: eigenes Material

Haushalt der Stadt Darmstadt Kommunalfinanzen und Hochrüstung

Darmstadt bestreitet seine Einnahmen in erster Linie aus Steuern (Gewerbesteuer und dem Anteil an der Lohn- und Einkommenssteuer), Landes- und Bundesanweisungen sowie Gebühren.

"Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln". So bestimmt es Artikel 28, Absatz 2 des Grundgesetzes. Die Realität sieht jedoch ganz anders aus. Die viel beschworene kommunale Selbstverwaltung gibt es nur noch auf dem Papier. Kommunen sind, nicht erst jetzt, seit Jahren strukturell unterfinanziert. Eine notwendige Reform der Kommunalfinanzen wird seit Jahren angekündigt, aber nicht angegangen. Notwendig wäre auch eine Entschuldung der Städte und Kommunen oder zumindest ein Zinsmoratorium.

Die Haushaltslage der Stadt Darmstadt ist katastrophal - von den geplanten Einnahmen fehlen im Doppelhaushalt 2025/2026 35 Mio. Euro, in den nächsten Jahren wird mit einem weiteren Defizit von etwa 100

Mio. Euro gerechnet. Spitzenreiter der hessischen Kommunen in der Pro-Kopf-Verschuldung ist die Stadt Darmstadt. Genehmigt wurde der Haushalt vom Regierungspräsidium nur, weil Investitionen (für Schule, Klima, Infrastruktur, usw.) in Höhe von über 170 Mio. Euro verschoben wurden. Eine Folge dieser Entwicklung ist auch der steigende Druck, weiter zu privatisieren - gerade im Gesundheitsbereich. In der Stadt Darmstadt soll das städtische Klinikum mit einem Krankenhaus eines kirchlichen Trägers (AGAPLESION) fusioniert werden. Dies wird auf Kosten der Beschäftigten und der Patienten umgesetzt werden. Ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge wird abgewickelt.

Schon im letzten Jahr wurden die Gebühren stark erhöht. Dennoch sind weitere Steigerungen geplant: bei Kindertagesstätten, Abwasser, Straßenreinigung und Anwohnerparken.

Die Überschüsse der Bauverein AG sollen eigentlich dort verbleiben um die Mieten stabil zu halten. Jetzt will die Stadt nicht mehr auf diese Ausschüttung verzich-

Was verstehen Kommunisten unter Militarismus?

Militarismus bedeutet mehr als Aufrüstung: Er ist ein umfassendes System zur „Umklammerung der Gesellschaft“. Nach außen dient er der aggressiven Machtpolitik, nach innen der Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Ablenkung von inneren Widersprüchen. Sein Kern ist der Militär-Industrie-Komplex aus Rüstungskonzernen, Militärbükratie und Staatsapparat, dessen Interesse in permanenter Spannung und Aufrüstung liegt.

Die sogenannte „Zeitenwende“ steht für eine Strategie des „offenen Militarismus“. Sie ist keine Reaktion auf den Ukraine-Krieg, sondern Ausdruck einer Neuausrichtung des deutschen Kapitals in einer multipolaren Krise.

Mehr unter:



damit man draußen sieht was drinnen vorgeht!

ten. Leidtragende: Menschen mit geringem Einkommen.

Das riesige Schuldenpaket in Höhe von 500 Mrd. Euro von Bundestag und Bundesrat mit dem klangvollen Titel "Sondervermögen Infrastruktur" hat in Darmstadt und anderen Kommunen für Euphorie gesorgt. Darmstadt wird in einer ersten Tranche

Weiter auf Seite 2

von Seite 1

89,2 Mio. Euro erhalten. Kleiner Wermutstropfen: Ausgezahlt wird erst nach "erbrachter Leistung".

Eigentlich ist dieses Sondervermögen nur ein Ablenkungsmanöver: Von den 500 Milliarden Euro wird der Großteil in eine "kriegstüchtige" Infrastruktur fließen - für militärisch nutzbare Autobahnen, Brücken und Schienennetze. Kommunen erhalten nur einen Bruchteil der Mittel, während Krankenhäuser, Schulen und soziale Projekte weiter vernachlässigt werden.

Die oben skizzierten Entwicklungen sind zum Nachteil der arbeitenden und erwerbslosen Menschen. Die schon auf Rekordniveau angestiegene Kinderarmut wird weiter ansteigen. Wohnungsmieten noch unbezahlbarer und Energiekosten weiter steigen. Die Kommunen werden in ihrer übergroßen Mehrheit versuchen ihr Defizit durch Einsparungen (z.B. bei den sogenannten "freiwilligen Leistungen") in den Griff zu bekommen.

Hauptursache dieser Entwicklung ist die massive Hochrüstung. Ohne ein Ende dieser enormen Aufrüstung wird sich diese Entwicklung in den nächsten Jahren weiter verschärfen. "Kriegstüchtigkeit" wird von den Herrschenden und ihren Medien propagiert. Um dieses Ziel zu erreichen werden die Ausgaben für Rüstung in die Höhe getrieben. Ausgaben für Soziales und Daseinsvorsorge werden gekürzt.

Eine Reform der Kommunalfinanzierung wäre dringend geboten. Der Widerstand gegen eine Politik der Hochrüstung, des Sozialabbaus und der Umverteilung von unten nach oben beginnt in der Kommune.

Die DKP fordert:

- Die Kommunen sind finanziell so auszustatten, dass sie ihren Aufgaben nachkommen können. Und zwar durch die Einführung der Vermögenssteuer zu Gunsten der Länder gemäß Artikel 106 Grundgesetz, die Erhöhung der Erbschaftssteuer auf Großvermögen und die Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 56 Prozent.
- Erhöhung der Schlüsselzuweisungen durch Land und Bund.
- Unsere Stadt entwickelt Initiativen auf allen Ebenen, die das Streben nach Frieden und Völkerverständigung zum Inhalt haben.
- Deutschland raus aus der Nato! Abrüsten statt Aufrüsten! Kitas statt Panzer und Drohnen!

[Walter Hübenbecker]

Kommunalwahlen im März

Friedensfähig statt Kriegstüchtig

Am 15. März 2026 stehen die nächsten Kommunalwahlen an. Die DKP tritt bei dieser Wahl in Darmstadt nicht eigenständig an. Unsere Mitglieder kandidieren auf der Liste der Partei Die LINKE. Unsere erfolgreiche Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene wird fortgesetzt. Es gibt in vielen zentralen Bereichen hohe Übereinstimmung. Allerdings gibt es auch weitergehende Forderungen der Darmstädter Kommunistinnen und Kommunisten.

Deutschland soll "kriegstüchtig" werden. Immer mehr Geld wird in Rüstung und Krieg gepumpt, entlastet werden Großaktionäre und Superreiche, die immer weniger zur Finanzierung des Gemeinwessens beitragen.

Wir wollen im Kommunalwahlkampf diesen Zusammenhang zwischen Hochrüstung und Sozialabbau aufzeigen.

Kriegshetze und Aufrüstung machen um Städte und Kommunen, auch um Darmstadt, keinen Bogen. Die Kosten der Hochrüstung treffen sie direkt. Der von der Bundeswehr entwickelte "Operationsplan Deutschland" ist ein geheimes Dokument, an dem kontinuierlich gearbeitet und der stetig aktualisiert wird. Die Ziele werden offen formuliert: Er soll "den Aufmarsch der alliierten Streitkräfte über und durch Deutschland an die NATO-Ostflanke sicherstellen".

Die Kommunen sind daran direkt beteiligt. Der zuständige Darmstädter Stadtrat ist für den Katastrophenschutz und der zivil - militärischen Zusammenarbeit zuständig und federführend an der Umsetzung des Operationsplanes Deutschland beteiligt, da er auch den kommunalen Krisenstab leitet.

Auf der anderen Seite werden die Menschen auf weitere Sozialkürzungen vorbereitet. Die Auswirkungen werden viele hart treffen - Kinderarmut, Altersarmut steigen auch in Darmstadt. Laut Darmstädter Sozialatlas besonders in der Kirchtannensiedlung, in Kranichstein und im Verlegerviertel.

Wir wollen deutlich machen: Frieden und Soziales gehören zusammen.

Gesellschaftliche Rahmenbedingungen, Eigentumsverhältnisse und soziale Probleme und Risiken werden oft bewusst ausgeblendet. Kommunalpolitik kann aber nicht isoliert betrachtet werden, sie hängt eng zusammen mit den Entwicklungen im Kapitalismus und seiner anarchischen Produktionsweise.

Deshalb: Am 15. März Kommunistinnen und Kommunisten wählen!



[Rainer Keil]

Unsere Kandidaten auf der Liste der Partei Die LINKE:



Werner Krone
Listenplatz 6



Rainer Keil
Listenplatz 12



Erika Rieger
Listenplatz 19



Trutz Schadt
Listenplatz 26



Dieter Falter
Listenplatz 28

Sozialer Wohnungsbau in der Krise

Es braucht in Darmstadt und im Landkreis eine bezahlbare Alternative



Quelle: lannyboy89 auf Wikipedia, Lizenz: CC0



Quelle: Fototro - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0

Obdachlos statt Plattenbau? Die Logik der kapitalistischen Wohnungspolitik.

Seit der Abschaffung der Wohngemeinnützigkeit 1990 gibt es immer weniger Sozialwohnungen. Die Bundesregierung wollte deshalb jährlich 400.000 neue Wohnungen bauen, davon 100.000 Sozialwohnungen. Beide Ziele wurden weit verfehlt. Um den sozialen Zusammenhalt und die Wirtschaft nicht weiter zu gefährden, braucht es mehr Mut und Investitionen für bezahlbaren Wohnraum.

Immer weniger Sozialwohnungen

Seit der Wende ist der Bestand von fast drei Millionen auf 1.087.571 Sozialwohnungen geschrumpft. Der Sozialwohnungsbestand ist in Darmstadt seit 2010 bis 2022 ganze 87 neue Sozialwohnungen hinzugekommen, auch im Landkreis Darmstadt-Dieburg weiter gesunken. Bis 2025 wird die Sozialbindung weiterer 891 von insgesamt 2479 Sozialwohnungen im Landkreis auslaufen. Nach einer Berechnung des Instituts der deutschen Wirtschaft müssen im Landkreis Darmstadt-Dieburg 1418 Wohnungen entstehen.

Die Wohnungskrise gefährdet sozialen Zusammenhalt und Wirtschaft

Immer mehr Menschen müssen für ihre Miete tiefer in die Tasche greifen. Immer mehr Unternehmen in Großstädten können ihre Stellen nicht besetzen, da die Bewerber*innen wegen der hohen Wohnkosten abwinken. Die Wohnungskrise ist eine Gefahr für den sozialen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Stabilität. Der selbst auferlegte Sparzwang bremst einmal mehr bitter nötige Zukunftsinvestitionen.

Die Wohnungsfrage - ein Existenzial-Problem der arbeitenden Menschen

Ständig steigende Mieten und Nebenkosten, Angst vor Modernisierung und Verdrängung, viel zu wenige Sozialwohnungen und Studierendenwohnheime, sichtbare Zwangsräumungen und Obdachlosigkeit - und gleichzeitig Leerstand, immer neue Luxusquartiere und fette Profite für Immobilienkonzerne und Investorinnen und Investoren.

Die Wohnungsfrage ist in Darmstadt und im Landkreis zur sozialen Frage geworden - und der Kampf gegen Mietensinn und Wohnungsnot wichtiger denn je.

Darmstadt ist mit einer durchschnittlichen Mietbelastungsquote von 33,6 % (im Jahr 2018) einer der teuersten Städte in Deutschland und liegt noch vor den Großstädten München und Frankfurt. Bundesweit beträgt die durchschnittliche Mietbelastungsquote im gleichen Jahr 29,8 %. Das ergab eine Untersuchung der Humboldt-Universität in Berlin im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. Fast 12 % der Miethaushalte in Deutschland müssen mehr als 50% ihres Einkommens für Miete ausgeben. Hier liegt Darmstadt auf dem unrühmlichen ersten Platz in Deutschland. Fast 21% der Darmstädter Miethaushalte müssen mehr als 50 % ihres Einkommens für die Miete aufbringen. Ursache dafür sind laut Studie auf der einen Seite die steigenden Mietpreise, auf der anderen Seite der Anstieg der Haushalte mit niedrigem Einkommen. Durch die steigende In-

flation und die sich massiv erhöhenden Nebenkosten besteht die Gefahr, dass die Situation der Mieter*innen mit niedrigem und mittlerem Einkommen sich weiter verschärft.

Eine andere Wohnungspolitik ist möglich!

Wohnen ist ein Menschenrecht. Daher ist die Durchsetzung dieses Menschenrechtes eine staatliche Aufgabe und darf nicht dem Markt überlassen werden.

Deshalb fordert die DKP eine Änderung des Kommunalen Finanzausgleichs, damit die Kommunen finanziell so ausgestattet werden, dass eine aktive Wohnungspolitik durch die Kommunen betrieben werden kann.

Um den dringenden Bedarf an bezahlbarem Wohnraum zu entsprechen, müssen in Hessen jedes Jahr 30.000 Wohnungen, davon 10.000 Sozialwohnungen zusätzlich geschaffen werden.

Es darf keine Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände und Liegenschaften geben. Ehemals öffentliche Wohnungsbestände und Liegenschaften sind zu kommunalisieren.

Öffentliche Grundstücke müssen vorzugsweise gemeinnützigen, öffentlichen und genossenschaftlichen Trägern zur Bebauung grundsätzlich auf Erbpacht und nach Konzept vergeben werden.

Eine gemeinsame Konzeption von Stadt und Landkreis der Wohnungspolitik zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus ist zu erstellen.



Demonstrant in Venezuela (Quelle: AVN)

Jeder gegen Jeden!

Das Ende der Westlichen Wertegemeinschaft?

Seit dem 3. Januar 2026, nach dem US-amerikanischen Überfall auf Venezuela, hat sich die kapitalistische Weltordnung sichtbar verändert.

Das Wesentliche dieser Veränderung ist nicht der verbrecherische Angriff auf Venezuela oder die Entführung des gewählten Präsidenten Nicolas Maduro - solche Verbrechen waren schon immer Bestandteil der US-Außenpolitik. Kuba, Panama, Nicaragua, Grenada, Irak, Syrien, Libyen, - die Liste lässt sich beliebig verlängern.

Die vom US-amerikanischen Machthaber Donald Trump im Anschluss an den Überfall formulierten Ansprüche auf Grönland, Kanada oder Mexiko zeigen die neue Qualität in den zwischen-imperialistischen Beziehungen. Auch die unmittelbar nach Trumps Drohungen formulierten Statements führender Vertreter der Europäischen Union, dass die EU eine eigenständige Militärmacht werden müsse, die mit den Großmächten auf Augenhöhe verhandeln könne, zeigen, dass sich in den Beziehungen zwischen den kapitalistischen Mächten etwas fundamental geändert hat.

EU und USA sind keine Partner mehr! Die beiden Blöcke zeigen jetzt deutlich die Konkurrenz, die ihre Beziehungen prägt. Die Welt befindet sich in einer Umbruchphase von der Dominanz der "Westlichen Wertegemeinschaft" zum "Jeder gegen Jeden".

Dieser Umbruch hat nichts mit Bosheit, Dummheit oder Arroganz zu tun. Er ist die Folge der kapitalistischen Notwendigkeit, den Maximalprofit zu erzielen.

Die Erde ist unter den großen kapitalistischen Staaten aufgeteilt. Die Bodenschätze, Ressourcen und Absatzmärkte konzentrieren sich in den Händen weniger Monopolkonzerne. Diese müssen aber ihren Profit weiter und weiter steigern, wenn sie nicht von ihren Konkurrenten übernommen werden wollen. Daher entsteht der Zwang zur Neuaufteilung. Das Agieren Trumps bei der Frage, wer Zugriff auf die Bodenschätze Grönlands hat, mag durchgeknallt erscheinen, es folgt aber einer Notwendigkeit, die auch für jeden anderen US-Machthaber gelten würde.

Solange die kapitalistische Notwendigkeit zur Erzielung des Maximalprofits existiert, wird auch immer wieder um die Neuaufteilung der Welt gestritten werden. Mit Betrug, Erpressung, Drohungen und Gewalt. Die Kosten werden die tragen, die davon leben müssen, dass sie ihre Lebenszeit gegen Lohn verkaufen - die arbeitenden Menschen. Und wenn die Durchsetzung der Kapitalinteressen einen Krieg braucht, werden die arbeitenden Menschen sich und ihre Kinder als Kanonenfutter liefern müssen.

Die Vorbereitung dazu laufen hier bereits. Kriegstüchtigkeit und die entsprechende Propaganda, Operationsplan Deutschland, gigantische Rüstungsausgaben, vom Kindergarten bis zur Uni, vom Betrieb über den Sport bis zum Stadtteil: alle Lebensbereiche werden dem Militärischen untergeordnet. Anfang 2026 wurden die Musterungsbögen an Jugendliche versandt. Die Wehrpflicht droht.

Wer dem etwas entgegen setzen will,

Was verstehen Kommunisten unter Imperialismus?

1. Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, dass sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen;
2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf der Basis dieses "Finanzkapitals";
3. der Kapitalexport gewinnt gegenüber dem Warenexport an Bedeutung;
4. es bilden sich internationale monopolistische Kapitalistenverbände, die die Welt unter sich teilen, und
5. die territoriale Aufteilung der Erde unter den kapitalistischen Großmächten ist beendet. Der Imperialismus ist der Kapitalismus auf jener Entwicklungsstufe, auf der die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausgebildet, der Kapitalexport herausragende Bedeutung gewinnt, die Aufteilung der Welt durch die internationalen Trusts (Konzernverbände) begonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde durch die größten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist.

Mehr unter

<https://dkp.de/partei/theorie-und-bildung/imperialismus-heute-neue-entwicklungen-und-tendenzen>

muss sich jetzt gegen den deutschen Militarismus engagieren. Der bundesweite Schulstreik am 5. März 2026 bietet dazu eine Gelegenheit.

Die DKP wird in Darmstadt, Reinheim und im Odenwald Beratungen zur Kriegsdienstverweigerung anbieten. Dazu werden wir uns auch eng mit dem Jugendverband SDAJ abstimmen, um möglichst vielen Interessierten ein Beratungsangebot zur Verweigerung des Kriegsdienstes anbieten zu können.

[Bernd Blümmel]



Hätte den Kriegsdienst verweigert:

Karl Marx

Klinikfusion in Darmstadt: Zwischen Kapitalismus und Kirche - Eine Gefahr für die Gesundheitsversorgung?



Foto: Thomas Brenner - ver.di Aktion zur Tour de Pflege

Die geplante Fusion des kommunalen Klinikums Darmstadt mit dem diakonischen Träger AGAPLESION Elisabethenstift wird von den Verantwortlichen als "zukunftsweisende Kooperation" vermarktet. Doch hinter der Werbebotschaft verbergen sich gravierende Probleme: Versorgungsengpässe, Fachkräftemangel, eingeschränkte Dienstleistungen und ein Rückgang der demokratischen Kontrolle. Diese Entwicklung folgt nicht dem Prinzip einer am Gemeinwohl orientierten Gesundheitsversorgung, sondern der kapitalistischen Logik, die die Interessen der Patientinnen und Patienten hinter Wirtschaftlichkeitsüberlegungen zurückstellt.

Kapitalismus statt Gemeinwohl: Die Logik der Fusion

Die Fusion zwischen dem kommunalen Klinikum und dem kirchlichen Träger AGAPLESION hat nicht das Ziel einer verbesserten Versorgung der Bevölkerung, sondern entspricht der kapitalistischen Logik der Kosteneffizienz. Und sie bedeutet eine weitere Einschränkung der demokratischen Kontrolle über die Gesundheitsversorgung. Die Stadt Darmstadt hält zwar 50 % der Anteile an der Holding, die operative Führung liegt jedoch bei AGAPLESION, einem Konzern mit über 100 Einrichtungen bundesweit. Diese Machtverhältnisse könnten dazu führen, dass kommunale Gesundheitspolitik kirchlichen Wirtschaftlichkeitskalkülen untergeordnet wird.

Zwei-Klassen-Medizin und Versorgungsengpässe

Während das Klinikum Darmstadt bisher alle medizinischen Leistungen angeboten hat, könnten Betroffene künftig

zwischen den Standorten pendeln müssen - je nachdem, ob ihre Behandlung den kirchlichen Vorgaben entspricht. Diese Entwicklung wirft Fragen nach der Gleichbehandlung auf und stellt ein deutliches Zeichen für die kapitalistische Logik der Fusion dar.

Zudem leiden beide Häuser unter einem akuten Fachkräftemangel. Im Klinikum Darmstadt mussten bereits Operationen verschoben werden, während im Elisabethenstift Pflegekräfte für die Demenztbetreuung fehlen. Die Gewerkschaft ver.di warnt, dass ohne einheitliche Bindung an den Tarifvertrag Öffentlicher Dienst (TVöD) eine Abwanderung von Personal droht - besonders aus dem Klinikum, wo höhere Löhne gezahlt werden. Diese Personalnot hat direkte Auswirkungen auf die Versorgung: Längere Wartezeiten, überlastete Notaufnahmen und gestrichene Betten sind die Folge.

Die Qualität der medizinischen Versorgung steht somit auf dem Spiel.

Demokratische Defizite: Wer entscheidet über die Versorgung?

Die Fusion bedeutet nicht nur eine Einschränkung der medizinischen Versorgung, sondern auch einen Verlust an demokratischer Kontrolle. Die Stadt Darmstadt hat zwar 50 % der Anteile an der Holding, die operative Führung liegt jedoch bei AGAPLESION.

Gesundheit gibt es nur im Frieden

Ein weiteres Problem ist die zunehmende Militarisierung der Gesundheitsversorgung. Aktuelle Statements zeigen, dass die allgemeine Gesundheitsversorgung zunehmend der Kriegslogik untergeordnet wird. Nach drei Jahren sogenannter Zeitenwen-

de kommt die Militarisierung der Gesellschaft in den Krankenhäusern an. Der bisher geheim gehaltene "Organisationsplan Deutschland" sieht genau das vor. Alle systemrelevanten Bereiche sollen an die Erfordernisse der Kriegsführung angepasst werden. Das heißt für die Krankenhäuser, Bettenkapazitäten für Kriegsverletzte bereitzustellen und im Gegenzug zivile Patienten abzuweisen. Es bedeutet, bundesweit Verteilungs- und Transportstrukturen für diese Verletzten zu schaffen. Und es bedeutet, die Behandlung und Pflege bei schweren Kriegsverletzungen zu erlernen. Grundsätzlich sollten fast alle Kliniken zu Kriegskrankenhäusern umfunktioniert werden, und die Bundeswehr im Kriegsfall die Befehlsgewalt über die Infrastruktur und das Personal im Gesundheitswesen übernehmen.

Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit wurden und werden eine ganze Reihe von Gesetzen, Richtlinien und strategischen Positionspapieren verabschiedet, die den rechtlichen Rahmen für die Militarisierung des Gesundheitswesens schaffen. Diese Entwicklung unterstreicht: Eine Gesellschaft, die eine gut ausgestattete Daseinsvorsorge und eine gute Gesundheitsversorgung für die breite Bevölkerung anstrebt, gibt es nur im Frieden.

PS: Für die Aufklärung über den militärischen Umbau des Gesundheitswesens und über die Folgen für die zivile Gesundheit hat der Verein demokratischer Ärzt*innen die Broschüre „Wir werden Euch nicht helfen können“ herausgegeben.

[Thomas Allwin]

Link <https://www.vdaee.de/wp-content/uploads/2025/07/Broschur-Militarisierung-Digital.pdf>



von Seite 3

Die Vermietung von privatem Wohnraum über die Kommunen ist in Darmstadt und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg zu fördern und auszubauen.

Da die Mieten sich immer weiter nach oben bewegen und damit für viele unbezahlbar werden, fordern Die DKP einen Mietstopp sowie die Verschärfung der Mietpreisbremse. Weitere Forderungen sind:

- Konsequente Ausnutzung der Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau, das heißt auch Erhöhung der Fördermittel um mindestens 30%.
- unbefristete Bindungsdauer für Sozialwohnungen
- Anwendung der Grundsteuer C, um dem Leerstand an Gebäuden und der unbebauten vorhandenen Baulücken zu schließen.
- Förderung altersgerechter Wohnungen und Seniorenwohnanlagen, um auch der sich im Alter zuspitzenden Wohnungsnot entgegenzuwirken.
- Mieter stärker an Entscheidungen der Wohnbaugesellschaften beteiligen
- Wiedereinführung der Wohnraum-Zweckentfremdungsverordnung
- Überführung der Wohnbaukonzerne in Öffentliches oder gemeinschaftliches Eigentum

[Walter Hübenbecker]

Was verstehen Kommunisten unter Faschismus?

Heute wird Faschismus lediglich als politische Haltung angegriffen. Für uns ist Faschismus aber eine besondere Form bürgerlicher Herrschaft, die 1933 notwendig wurde, weil Deutschland in den Krieg geführt werden sollte. Der faschistischen NSDAP wurde die Staatsmacht übergeben, weil wirtschaftliche Interessen dahinter standen. Großbanken und die aggressivsten Großkapitale konnten nur durch einen Krieg ihren Einflussbereich erweitern. Ohne den Zusammenhang von Faschismus und Krieg, ohne die Rolle der Aggression nach außen zu sehen, bleibt Antifaschismus hilflos. Politisch ist der Imperialismus überhaupt Drang zu Gewalt und Reaktion. Wichtig ist dabei, den Handlungszwang zu verstehen, der hinter dem „reaktionären und militaristischen Staatsumbau“ steckt. Wenn wir detailliert auf die wirtschaftlichen Hintergründe eingehen, zeigt sich: Aggression nach außen und Gewalt nach innen sind zwei Seiten einer Medaille.

Der Gegner ist das Kapital, insbesondere das Monopolkapital.

Mehr unter

https://dkp.de/wp-content/uploads/2024/02/BIZ_1_2024_fin260224.pdf

Operationsplan Deutschland Antwort auf selbstgemachte Probleme



Soldatinnen und Soldaten werden dazu aufgerufen, jetzt die Versorgung ihrer Kinder und Angehörigen zu klären.
(Foto: Bundeswehr/Jonas Weber)

Bekanntlich ist für die deutsche Außenpolitik seit Jahren fast jeder so etwas wie Hitler, der sich nicht dem deutschen Großmachtsanspruch unterwirft. Folgerichtig ist die Beteiligung Deutschlands an Militäreinsätzen und Farbenrevolutionen ein notwendiges Mittel, um "Autokraten" davon abzuhalten "unsere Demokratie" zu zerstören. Getreu dem Motto: Wer Demokrat ist, bestimmen wir!

Nachdem das größte Aufrüstungsprogramm seit dem Hitlerfaschismus mit tosendem Beifall der bürgerlichen Presse und ohne größeren Protest der Bevölkerung durchgegangen ist, haben die Militäristen Blut geleckt. Es wird noch mehr Geld für die Bundeswehr gefordert, die Wiedereinführung der Wehrpflicht diskutiert und mit dem "Operationsplan Deutschland" nun auch ein Konzept erarbeitet, wie die zivil-militärische Zusammenarbeit in Deutschland im 3. Weltkrieg aussehen kann.

Die Erarbeitung des Operationsplans durch die Bundeswehr erfolgt in Abstimmung mit Vertretern aus Politik, Einsatzkräften, Wirtschaft und Medien. Ziel ist es, die Aufgabe Deutschlands in der NATO als Durchmarschgebiet zur Front und Versorgung der kämpfenden Truppen sicherzustellen. Hierzu zählt der Kampf gegen ausländische "Desinformation" und Sabotage, genauso wie der Schutz der Zivilbevölkerung durch Bunker. Immerhin benötigt man diese auch zur Produktion weiterer Mordinstrumente für die Front.

Militarisierung macht auch vor Darmstadt nicht halt

Während der erste Entwurf des Operationsplan Deutschland noch bis mindestens Ende März auf sich warten lässt, prescht die Darmstädter FDP bereits in voraus-

lendem Gehorsam vor. In einer kleinen Anfrage vom 28.01.2024 an den für den Katastrophenschutz verantwortlichen CDU-Stadtrat Wandrey möchte sie wissen wie viele funktionsfähige Bunker es in Darmstadt gibt und ob der Bau von Neuen bei der Planung von Neubaugebieten berücksichtigt werde.

Nicht auf unserem Rücken!

Die DKP Darmstadt stellt sich entschieden der fortschreitenden Aufrüstung und Militarisierung in Deutschland und besonders in Darmstadt entgegen. Wir setzen uns für eine Außenpolitik ein, die auf Frieden und Verständigung, statt auf Mord und Totschlag setzt.

Lasst uns bei den Ostermärschen und den Schulstreiks gegen die Wehrpflicht den Herrschenden demonstrieren, dass wir nicht widerstandslos die Militarisierung mitmachen. Wir sind Menschen; kein Kanonenfutter!

[Ralf Hohmann - uz vom 12.04.2024]



Warum diese Zeitung?

„Die herrschende Meinung ist die Meinung der Herrschenden.“, so ein Zitat von Karl Marx. Dass diese Aussage heute noch gilt, zeigt sich besonders in der momentanen (Vor-)Kriegszeit.

Ob Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen oder die Inhalte von Schule und Studium, immer wird die Lüge von der Notwendigkeit von Hochrüstung und Sozialabbau mitgeliefert. Deutschland müsse (wieder) kriegstüchtig werden und international eine größere Rolle spielen.

Als Kommunisten ist es unsere Aufgabe, diesen Lügen etwas entgegen zu setzen.

Deutschland hat in 2 Weltkriegen versucht, Zugriff auf die russischen Bodenschätze zu bekommen. Die Argumente haben sich kaum von der herrschenden deutschen Kriegspropaganda unterschieden: Die deutsche/europäische - Zivilisation müsse vor der Aggression des Iwan, der Bolschewiken oder des Russen geschützt werden.

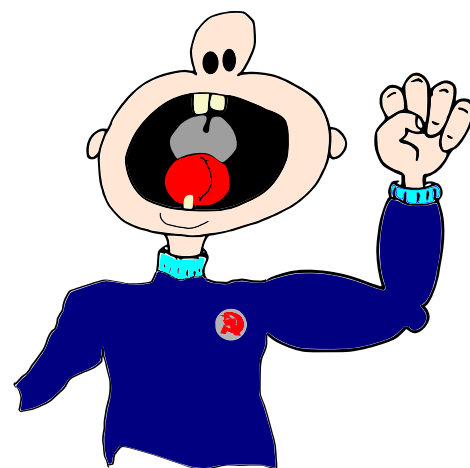
Die Kosten soll die arbeitende Bevölkerung tragen. Sozialabbau, Lohnsenkungen, Verlängerung von Wochen- und Lebensarbeitszeit, verfallende Schulen, Universitäten, Krankenhäuser und Verkehrsnetze - alles notwendig angesichts der „russischen Aggression“. Neben der Inflation steigen dann auch die Gewinne der Rüstungskonzerne.

Als DKP wollen wir die regionalen und die internationalen Entwicklungen auf der Basis unserer sozialistischen Weltanschauung analysieren und gemeinsam mit den arbeitenden Menschen Möglichkeiten des Handelns für eine Entwicklung in ihrem Interesse entwickeln.

Diese Zeitung soll dazu beitragen!



[Bernd Blümmel]



mit-mach-zeitung

Die Leserinnen und Leser des Roten Tagblatt sind eingeladen, Leserbriefe und Artikelvorschläge an die DKP - Darmstadt zu schicken. Wir werden die Zuschriften und Reaktionen unserer Leserinnen und Leser beim Erstellen der Zeitung berücksichtigen.

Innen- wie außenpolitisch spielen die USA mit dem Feuer Pulverfass

Die ersten vier Wochen des Jahres 2026 haben es in sich. Was sich im vergangenen Jahr andeutete, bildet sich mehr und mehr heraus. Die Schnelligkeit der Ereignisse und das drum herum organisierte Spektakel machen die Einschätzung nicht immer leicht. US-Präsident Donald Trump beherrscht das Spiel mit großen Worten, Gesten und Bildern. Es gehört wie die Unberechenbarkeit und die US-Weltmachtfantasien zu seinem besonderen Politikstil. In gewisser Weise hält er damit dem politischen System des faulenden Imperialismus einen Spiegel vor. Natürlich nicht, um ihn zu überwinden.

Die Präsidentschaftswahlen hatte Trump mit großem Vorsprung gewonnen. Die Umfragen für die im Herbst anstehenden Zwischenwahlen sehen allerdings düster aus, und Trump droht, die Mehrheit im Kongress zu verlieren. Das vor allem, weil er bisher kaum etwas von seinen großmäuligen Versprechen umsetzen konnte.

Der Krieg in der Ukraine, den er in 24 Stunden beenden wollte, tobt weiter. Das Abwälzen der Kriegskosten auf die EU funktioniert nicht reibungslos. In der Auseinandersetzung mit den europäischen NATO-Verbündeten und imperialistischen Konkurrenten um Grönland musste Trump in Davos zurückrudern. Eine Antwort auf

die Neuauflage der Monroe-Doktrin, also die Beanspruchung der Vorherrschaft auf den amerikanischen Kontinenten, hat die EU auch. Nach einem Vierteljahrhundert Verhandlungen schloss sie das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten Lateinamerikas. Anfang dieser Woche folgte dann auch noch ein Freihandelsabkommen mit Indien. Damit ist auch der Zollkrieg gegen Indien, welcher Trump zum Verzicht von russischen Ölprodukten zwingen wollte, gescheitert. Ganz zu schweigen von den krachenden Niederlagen, die sich Trump im fortwährenden Wirtschaftskrieg gegen China einhandelt. Wie sich sein krimineller Coup gegen Venezuela letztlich auswirken wird, ist auch noch offen. Die Mehrzahl der US-Ölkonzerne hat inzwischen abgewunken und kein Interesse an Investitionen zur Ausbeutung fremden Öls.

Doch auch innenpolitisch will Amerika nicht so „great“ werden, wie es Trump versprochen hat. Die wirtschaftliche Entwicklung kommt nicht wirklich in Gang. Den katastrophalen Zustand der USA macht der Wintersturm deutlich, der zahlreiche Menschenleben forderte und Millionen ohne Strom sitzen lässt – der Staat ist weder willens noch wäre er in der Lage, die Menschen vor so etwas zu schützen.

Die Einsätze der Bürgerkriegstruppe ICE, Bilder von Hinrichtungen und verschleppten Kindern schockieren die Menschen weltweit. Zu den selbstgesteckten Zielen der US-Regierung führen sie nicht. Zwischen 300.000 und 600.000 Einwanderer sollen im letzten Jahr abgeschoben worden sein. Mit deutlich geringerem Aufwand wies die Regierung unter Barack Obama 2014 über 400.000 Menschen aus. Nach den tödlichen ICE-Schüssen in Minneapolis rief Trumps Erzfeind Obama zusammen mit dem ebenfalls „demokratischen“ Ex-Präsidenten Bill Clinton zu Demonstrationen auf.

Da die US-Demokraten nur einen etwas anderen Stil zu bieten haben, aber das Spektakel genauso befeuern, droht in einem Land, das derart militarisiert ist, bei jeder Zuspitzung und bei jeder Eskalation eine Explosion. In Minneapolis scheint man sich durch den Rückzug von Teilen der Bürgerkriegstruppe zunächst auf eine Entschärfung geeinigt zu haben.

[Björn Blach - uz vom 30.01.2026]





Güterzug am Bahnübergang Jägerstorstraße (W. Krone)

Warten in Kranichstein

Am Bahnübergang Jägerstorstraße mit Fahrplan dem Zufall ein Schnippchen schlagen

In Arheilgen und Kranichstein ist himmlischer Frieden eingekehrt, seit die Jets nicht mehr direkt darüber fliegen. Aber immer noch droht dort Ungemach, wenn der Bahnübergang Jägerstorstraße zu passieren ist. Gleich 6 Gleise sind zu queren. Kaum ist ein Zug durchgefahren, bleiben die Schranken unten und aus der Gegenrichtung kommt auch einer. Und womöglich noch einer. Immerhin sind werktäglich mehr als 210 Züge zu zählen, vor allem Güterzüge. Wegen der Weichen im "Nordkopf" des Bahnhofs sind sie im Zuckeltempo 50 km/h auch recht langsam. Und so dauert es und dauert ...

Die Deutsche Bahn will im Bahngelände Kranichsteins eine ICE-Reinigungsanlage bauen. Dann könnten mindestens 40 weitere Zugfahrten über die Schrankenanlage fahren. Und das Warten dauert dann noch länger. Nach Auskunft der Bahn hat die Baugenehmigung, die "Planfeststellung" der Anlage nichts mit den Wartezeiten an der Schranke zu tun. Denn einmal genehmigt ist genehmigt, und die Schranke gibt es seit 1858 oder so,

Die Bürgerinitiative IGAB hat vorgeführt, was möglich ist: eine Unterführung für Fußgänger und Radfahrer, für Kraftverkehr eine Brücke. Das müsste nicht einmal die Stadt Darmstadt bezahlen, son-

dern Bahn und Bund. Die aber verplanen die "Sondervermögen" eher für Aufrüstung. Und bis zum Bau von Brücken würden Jahre vergehen. Lässt sich nichts tun?

Fahren Güterzüge ohne Plan? Natürlich nicht. Jeder Lokführer fährt nach einem elektronischen Buchfahrplan mit Uhrzeiten mit vorgeschriebenen Höchstgeschwindigkeiten. Nur berücksichtigen diese Fahrpläne nicht Außenstehende wie wartende Menschen an Bahnübergängen. Fahrpläne werden von Rechnern erstellt. Wenn sie die Aufgabe erhalten, nach drei Zügen drei Minuten Pause einzulegen, könnten sich zwischendurch die Schranken öffnen. Zeitreserven dafür gäbe es. In Kranichstein schließen die Schranken fast die halbe Gesamtzeit. Es könnten Signale versetzt werden, schlankere Weichen eingebaut. Dinge ausprobiert werden, wie bei den Flugrouten.

Übrigens ist die Jägerstorstraße nicht der einzige Bahnübergang an der Strecke von Mainz nach Aschaffenburg. Bis zu einer intelligenten Lösung stehen Fußgänger, Rad- und Autofahrer an den Schranken und warten und warten. Höchste Eisenbahn!

[Werner Krone]

Das Rote Tagblatt hat Ihnen gefallen? Sie möchten keine Ausgabe verpassen? Schicken Sie eine Mail an info@dkp-darmstadt.de mit dem Betreff "Abo rotes Tagblatt". Sie erhalten das Rote Tagblatt dann als pdf - Datei per Mail.

Wer das Rote Tagblatt als Druckausgabe haben möchte, gibt bitte die Postadresse an.

Wer keinen Mailzugang hat, kann das Rote Tagblatt auch mit einem Brief abonnieren.

Einfach an "DKP - Darmstadt - Linkstreff Georg Fröba, Landgraf-Philipps-Anlage 32, 64283 Darmstadt" schreiben.

Über eine Spende würden wir uns freuen!

UZ – unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung
6 Wochen gratis probelesen



Druckausgabe und online!



CommPress Verlag GmbH .
Hoffnungstraße 18 . 45127 Essen
Tel: 0201 - 17 78 89 - 23 . Fax: - 28 .
E-Mail: info@unsere-zeit.de
www.unsere-zeit.de

Rückmeldungen, Lob & Kritik, aber auch Meinungen und Leserbriefe würden uns sehr freuen.

Schreibt per Mail an:

info@dkp-darmstadt.de

oder per Post an:

DKP-Darmstadt

Linkstreff Georg Fröba

Landgraf-Philipps-Anlage 32

64283 Darmstadt

Wegen der begrenzten Zeichenzahl behalten wir uns vor, Leserbriefe zu kürzen.

Impressum



DKP Darmstadt * Dieburg * Bergstraße

Linkstreff Georg Fröba

Landgraf-Philipps-Anlage 32

64283 Darmstadt

Tel.: +49 6151 788407

Fax: +49 6151 788406

eMail: info@dkp-darmstadt.de

URL: <http://www.dkp-darmstadt.de>

Spendenkonto:

DKP KREISORGANISATION DARMSTADT
IBAN DE55 5085 0150 0018 0093 40
(BIC HELADEF1DAS)

V.i.S.d.M./P.:

Bernd Blümmel, Limesstraße 10
64625 Bensheim